

James McDonnell war Douglas erstmals 1939 begegnet. Dem jungen Flugzeugingenieur, der damals mit 165 000 Dollar und einem Assistenten eine eigene Firma gründete, hatte Douglas zu seinem ersten Auftrag verholfen: dem Bau von Rümpfen für die DC-3.

Als McDonnell später selbst erfolgreich Flugzeuge („Phantom“-Jäger) und Raumschiffe („Mercury“, „Gemini“) baute, versuchte er, die Firma seines ersten Auftraggebers aufzukaufen. Schon 1963 hatte er mit 200 000 Aktien der Douglas Company fünf Prozent der Firmenanteile zusammen, zwanzigmal soviel wie Douglas. Einen Fusionsantrag allerdings lehnte der Schotte ab.

Als Anfang vergangenen Jahres vor den DC-9-Verlusten die Douglas-Aktien auf dem Höchstkurs von 112 standen, stieß McDonnell seine Papiere ab und strich mehr als zehn Millionen Dollar Gewinn ein. Der Kurs sackte bis auf 30 Punkte, und im Herbst 1966 kaufte McDonnell die Papiere billig zurück. Als Douglas in der vorletzten Woche aufgab, besaß McDonnell zusammen mit seinen Freunden 800 000 Douglas-Anteile, Douglas nur noch 10 000.

McDonnell hat zugesagt, noch einmal 1,5 Millionen Douglas-Papiere zum Kurs von 45,80 Dollar zu kaufen, bevor er den Douglas-Konzern in seine Firma einverleibt und dem Unternehmen den neuen Namen McDonnell Douglas Corporation gibt.

Luftfahrt-Pionier Donald W. Douglas wird pensioniert.

ITALIEN

STEUERN

Flucht ins Ausland

Das KP-Blatt „Unità“ brachte die „unglaubliche Nachricht“: Fiat-Präsident Giovanni (Gianni) Agnelli, 45, Italiens mächtigster und reichster Großindustrieller, zahlt Steuern „wie ein Kleinkrämer“. Er habe ein steuerpflichtiges Jahreseinkommen von vier Millionen Lire (25 600 Mark) deklariert.

Das Turiner Finanzamt bestätigte die Meldung und nannte auch den Steuerbetrag, den der Mitinhaber der fünftgrößten Automobilfabrik der Welt für 1966 zu entrichten hat: 88 608 Lire (570 Mark). „Unità“: „Vor soviel Frechheit kann man nur erblassen.“

Ganz Italien erblaute. Denn alles, was Fiat betrifft, wird als Sache der italienischen Nation betrachtet. Finanzminister Preti erklärte: Das von Agnelli deklarierte Einkommen von 25 600 Mark erscheine „nicht den Tatsachen entsprechend“. Und Premier Moro beriet mit seinem Schatzminister und dem Gouverneur der Bank von Italien, ob das „Gesetz zur Besteuerung von Aktiengewinnen“ geändert werden soll.

Denn dieses Gesetz erlaubt Italiens Großaktionären, auf legale Weise Steuermillionen zu hinterziehen. Wer sein Geld, wie Gianni Agnelli, in Aktien

* Die „Complementare“ besteuert das Einkommen, das dem Steuerpflichtigen nach Abzug aller anderen Steuern noch verbleibt; sie trifft also vor allem die Großverdiener. Der höchste Steuersatz (65 Prozent) ist bei Jahreseinkommen von mehr als 3,2 Millionen Mark zu entrichten.



Steuer-Sparer Agnelli
Soviel Frechheit

anlegt, kann seine Steuern um mehr als die Hälfte reduzieren.

Im Dezember 1962 hatte die Regierung den Banken per Gesetz befohlen, von allen Dividenden automatisch eine Couponsteuer in Höhe von 15 Prozent einzubehalten und den Namen des Aktienbesitzers an eine Zentralkartei der Aktionäre in Rom weiterzuleiten, die den Finanzämtern Unterlagen für die weitere Besteuerung liefert.

Das Gesetz löste Panik aus. Zehntausende von Aktienbesitzern wollten auf jeden Fall anonym bleiben und stießen daher ihre Papiere lieber ab, als sich registrieren zu lassen. Die Kleinaktionäre gaben den Verkaufserlös aus. Die Großaktionäre transferierten ihn ins Ausland. Konsumwut und Kapitalflucht lösten eine Wirtschaftskrise aus und brachten die seit Jahren stabile Lira hart an den Rand eines Desasters.

Als die Regierung sah, was sie angeordnet hatte, änderte sie — im Februar 1964 — das Gesetz. Seit damals zahlen die namentlich zu erfassenden Aktienbesitzer nur noch eine Couponsteuer von fünf Prozent. Wer dagegen anonym bleiben will, muß 30 Prozent der Dividende an den Fiskus abführen. Die restlichen 70 Prozent bleiben ausdrücklich steuerfrei und brauchen in der Ein-

kommensteuererklärung nicht aufgeführt zu werden.

Italiens Großverdiener hatten damit von der Regierung ein Milliarden-geschenk erhalten. Während sie nämlich nach den Bestimmungen der „Complementare“-Steuer bis zu 65 Prozent ihres steuerpflichtigen Einkommens dem Finanzamt überweisen mußten, kamen sie nun als Aktienbesitzer mit 30 Prozent davon*. Auf diese Weise hat Fiat-Agnelli in den letzten drei Jahren wahrscheinlich 8,4 Millionen Mark Steuern gespart.

Die Kommunisten brachten im Parlament den Antrag ein, das am 23. Februar auslaufende Gesetz nicht mehr zu verlängern, weil es gegen den Verfassungsgrundsatz der progressiven Besteuerung verstoße und nur den Kapitalisten nütze. Die Regierung zögert jedoch, weil sie eine neue Kapitalflucht und neuen Ärger mit der Wirtschaft fürchtet.

Erste Anzeichen einer weiteren Flucht aus den Aktienwerten wurden bereits an der Mailänder Börse registriert: Seit Beginn der „Unità“-Kampagne gegen Gianni Agnelli verdreifachte sich das Aktienangebot; alle Kursgewinne des Jahres 1966 gingen verloren.

BELGIEN

FÜHRERSCHEINE

Fahrt in den Tod

Maurice Simon aus Gilli in Belgien kaufte einen Opel Rekord, ließ sich Gaspedal und Schaltung zeigen, fuhr los und drei Menschen tot. Die Tat brachte ihm nicht einmal Fahrverbot — drei Tage später baute er den nächsten Unfall. Daraufhin schoß ihm seine Schwiegermutter eine Kugel durch die Kehle.

Simon hatte nie zuvor am Steuer gesessen. Wie alle Belgier brauchte er bisher keinen Führerschein. 18 Jahre Lebensalter genügte, um die Straßen der Welt unsicher zu machen. Allein 1966 waren belgische Autobusse an zwölf schweren Unfällen mit 41 Toten und 146 Verletzten beteiligt.

Mit Rücksicht auf den individualistischen Sinn der Belgier, die jede Re-



Belgischer Autobus-Unfall bei Limburg (1966): Soviel Freiheit

glementsierung als Eingriff in ihre Privatsphäre ablehnen, wagte es keine Regierung, ihren Automobilisten eine Fahrprüfung zuzumuten.

Erst am 1. Januar 1967 führte Belgien Führerscheine ein — mit fast einem halben Jahrhundert Verspätung hinter den Nachbarländern Deutschland (1909), Frankreich (1899) und den Niederlanden (1927).

Für die kommenden zwei Jahre hat die Regierung vier Millionen Führerscheine drucken lassen. Aber bessere Fahrer werden die Belgier damit kaum werden. Denn das Papier bekommen die bisherigen Chauffeure ohne weiteres gegen eine Gebühr von 20. Mark:

- ▷ die über 23jährigen, wenn sie eine schriftliche Erklärung unterschreiben, daß sie die Verkehrsregeln kennen und fahren können;
- ▷ die 18- bis 23jährigen nach einer theoretischen Prüfung;
- ▷ die am 1. Januar 1967 unter 18jährigen, wenn sie sechs Monate lang ein mit „L“ (für Lehrling) gekennzeichnetes Auto gefahren haben, das Autobahn und Ausland meiden muß sowie 70 Kilometer pro Stunde nicht überschreiten darf.

Lediglich die Belgier, die erst nach dem 1. Januar 1967 einen Führerschein beantragten, müssen die Fahrschule — mit zehn nachgewiesenen Stunden — absolvieren.

In der vorletzten Woche strich der Bürgermeister von Gent als erster Führerschein-Inhaber des Königreichs Belgien liebevoll über sein Dokument. Da verwischten sich die Eintragungen ins Unlesbare: Schreibmaschinen- und Tintenschrift blieben auf dem Leinenpapier nicht haften; haltbare Kugelschreiberschrift erlaubt Belgiens Bürokratie für amtliche Eintragungen nicht.

Noch einmal frohlockten die belgischen Auto-Autodidakten. Denn die Führerscheine waren bereits gedruckt und verschickt worden. Die Regierung beriet, ob man sie wieder einsammeln und einstampfen müsse.

Da bewies eine Probe: Läßt man die Maschinenschrift fünf Minuten lang trocknen, sind auch die jüngsten Führerscheine der Welt brauchbar.



Bahama-Premier Pindling
Auf den Inseln in der Sonne...

BAHAMAS

WAHLEN

Schwarzer Dienstag

Ein farbiger Abgeordneter im Parlament der Bahamas überschritt seine Redezeit. Ein Polizist schleifte ihn vom Rednerpult.

Da griff Lynden O. Pindling, der farbige Chef der oppositionellen „Progressive Liberal Party“ (PLP), zum Hammer des Speakers, schleuderte ihn aus dem Fenster und zog mit seiner schwarzen Acht-Mann-Fraktion aus dem Plenum aus.

Das war am 27. April 1965 — seither preisen die Bahama-Schwarzen diesen Tag als ihren „schwarzen Dienstag“.

Am 10. Januar 1967 erlebte die Inselgruppe im Atlantik, nur 300 Kilometer von Florida entfernt, ihren zweiten „schwarzen Dienstag“: Hammerwerfer Pindling, 36, wurde Regierungschef.

Der erste farbige Regierungschef in der 300jährigen Geschichte der britischen Kolonie — die durch einen Gouverneur mit der Krone in London verbunden, innenpolitisch aber seit 1964 souverän ist — errang seinen Sieg, als weder er

noch die 110 000 Insel-Schwarzen und die knapp 30 000 Bahama-Weißen damit rechneten.

Denn durch ein ausgeklügeltes Wahlsystem wählten sich die Weißen vor einer schwarzen Parlamentsmehrheit geschützt. Außerdem erwarteten sie Anerkennung für den Wohlstand, den sie unter Führung der „Bay Street Boys“, knapp zwei Dutzend cleverer Geschäftsleute, auf die Inseln gebracht hatten.

Allein im letzten Jahr besuchten 800 000 Touristen, vorwiegend Amerikaner, die „Inseln in der Sonne“ (30 von über 700 sind bewohnt) und ließen fast 550 Millionen Mark Devisen dort — 90 Prozent der Bahama-Staatseinnahmen.

Überall an den Sandstränden der Inseln entstanden neue Hotels, Swimming-pools und Golfplätze. Ein Quadratmeter Boden entlang der Küste von Grand Bahama, in deren pittoresker Umgebung der James-Bond-Streifen „Feuerball“ gedreht wurde, kostet inzwischen über 40 000 Mark.

77 Banken errichteten Filialen auf den Inseln und machten die Bahamas zur Schweiz im Atlantik: Sie eröffneten ausschließlich anonyme Nummern-Konten und zahlen sechs Prozent Zinsen.

Die Bahama-Bewohner verdienen soviel Geld wie nie zuvor. Ein Bau-Vorarbeiter trägt wöchentlich rund 2200 Mark nach Haus, die meist skandinavischen oder bundesdeutschen Barmädchen kassieren 700 Mark — steuerfrei. Denn auf den Bahamas wird keine Einkommensteuer erhoben.

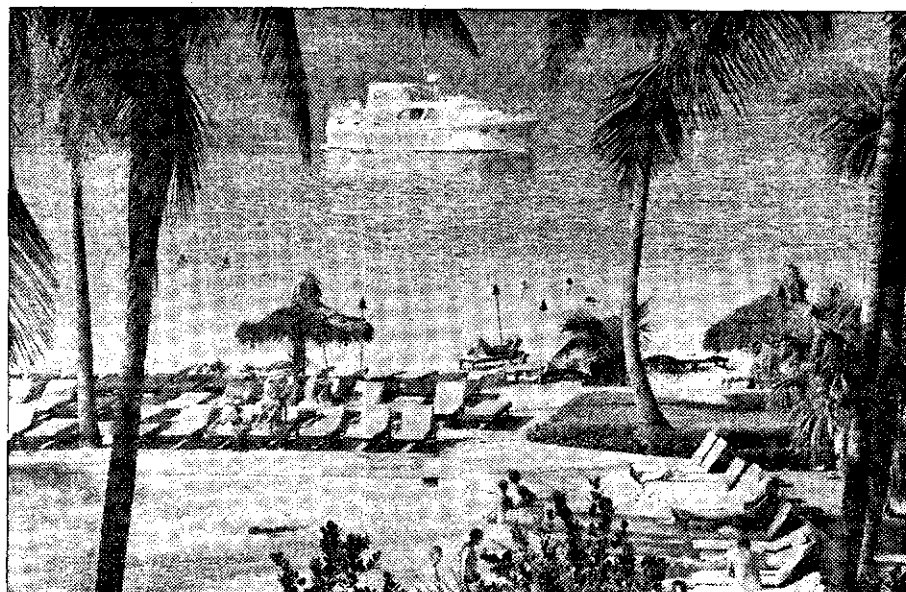
Die Amerikaner sicherten durch immer neue Touristenströme und Investitionen den Wohlstand. Der weiße Premier Sir Roland Symonette dankte ihnen, indem er das britische Pfund als Landeswährung durch den Dollar ersetzte und immer mehr Amerikaner in die Spitzen der Bahama-Unternehmungen eindringen ließ — Amerikaner, die oft daheim wegen Steuerhinterziehung oder anderer Delikte vorbestraft waren.

Die Regierung wurde Geschäftspartner der Geschäftsmacher. Sie erteilte eine Lizenz für die Eröffnung von Spielkasinos, obwohl die Verfassung das Glücksspiel verbietet. Symonettes Finanzminister, zugleich Rechtsberater der Glücksspiel-Gründer, kassierte dafür vier Millionen Mark, der Premier erhielt auf fünf Jahre ein „Beratungshonorar“ von jährlich 67 000 Mark.

Als Pindling gegen den „Vormarsch der Gangster“ protestierte, schrieb Symonette kurzerhand Neuwahlen aus. Er vertraute auf das Wahlsystem und die Hilfe der Analphabeten, die vor der Wahlkommission laut bekunden dürfen, wen sie wählen wollen (und bislang 300 Mark erhielten, wenn sie sich für Symonette entschieden).

Pindling indessen führte den Wahlkampf so erbittert, daß die Briten ihren Zerstörer „Defender“ in Sichtweite der Bahama-Hauptstadt Nassau auffahren ließen. Als am „schwarzen Dienstag“ ausgezählt wurde, hatte die PLP ebenso viele Sitze (18) erhalten wie Symonettes Partei. Zwei Unabhängige — ein Weißer und ein Schwarzer — schlossen sich Pindling an, die „Bay Street Boys“ hatten verloren.

Der neue Premier, als Rechtsanwalt mit einem Jahreseinkommen von etwa 200 000 Mark einer der reichsten Bahama-Schwarzen, ist überzeugter Anglikaner. Ein Drittel seines Einkommens führt er an die Partei, ein Zehntel an die Kirche ab.



... 300 Mark für eine Stimme: Bahama-Strand (vor dem „British Colonial Hotel“)